

Gross, Hermann

Article — Digitized Version

Polens Wirtschaftslage und Wirtschaftsbeziehungen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gross, Hermann (1957) : Polens Wirtschaftslage und Wirtschaftsbeziehungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 6, pp. 335-340

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132487>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Gebührenpolitik Ägyptens im Suezkanal wird von vielseitigen Faktoren beeinflusst werden. Es ist völlig falsch, zu behaupten, daß der Suezkanal jetzt eine Monopolstellung im Weltverkehr innehat, wie das in den Diskussionen der letzten Zeit öfter geschehen ist. So groß die Bedeutung des Kanals für den gesamten Weltverkehr zweifellos ist, so muß er doch mit einer Konkurrenz rechnen, teils von seiten der Ölleitungen, teils von seiten der Supertanker, die den Kanal nicht benutzen. Sollte die Kanalleitung versuchen, verhältnismäßig hohe Kanalgebühren zu verlangen, so kann das wohl vorübergehende Schwierigkeiten mit sich bringen, aber die Folge würde zweifellos eine Verlagerung des Verkehrs sein, wodurch die Ölleitungen und die großen Tanker eine erhöhte Bedeutung erhalten würden. Diese drei Faktoren beeinflussen sich gegenseitig. Die großen Kapitalinvestitionen, die erforderlich sind, und die Länge der Bauzeit für Umstellungen des Verkehrs werden eine gewisse Unelastizität in dem Gleichgewichtsverhältnis der Preise der drei Verkehrswege zur Folge haben, aber den Wettbewerb auf die Dauer nicht ausschalten. In der Gebührenpolitik wird auch das Verhältnis Ägyptens zu den anderen arabischen Ländern eine Rolle spielen. Höhere Kanalgebühren führen zu höheren Frachtsätzen, und diese beeinträchtigen den Gewinn der Ölproduzenten der arabischen Länder. Von ihrer Seite ist deshalb ein Druck zu erwarten, die Kanalgebühren nicht zu überhöhen. Werden aber erhöhte Kanalgebühren mit wirklichen Verbesserungen des Verkehrs verbunden, so daß die Durchfahrt beschleunigt werden kann, so wird der Widerstand gegen diese Gebührenpolitik vermindert werden.

Eine Organisation, durch die die Wünsche der Verkehrsteilnehmer zum Ausdruck gebracht werden könnten, hätte zur Zeit der englisch-französischen Herr-

schaft über den Suezkanal unter Umständen eine sehr nützliche Institution werden können. Jetzt ist unter Mitwirkung u. a. Großbritanniens, Frankreichs und der USA eine solche Institution geschaffen worden. Die USA sind nach der offiziellen Statistik am Verkehr des Kanals wenig beteiligt, obwohl der tatsächliche Anteil wesentlich größer ist.

Daß der Suezkanal trotz der eingetretenen Veränderungen weiter ein Zentralproblem der Weltpolitik und der Weltwirtschaft bleiben wird, kann mit Bestimmtheit angenommen werden. Von keiner Seite wurde aber in den bisherigen Verhandlungen dem Vorschlag ein ernsthafter Gedanke gewidmet, die alte Suezkanal-Gesellschaft in diese Funktion wieder einzusetzen. Es ist sogar die Frage anderer Beschäftigungsmöglichkeiten für die Gesellschaft diskutiert worden.

Mit größter Sicherheit kann angenommen werden, daß die Erfahrungen des Suezkonflikts zur Folge haben werden, daß die Ölreserven in allen Ländern vermehrt werden, um gegen Unterbrechungen des Ölverkehrs besser als bisher gesichert zu sein. Aber im übrigen sind wir von der technischen Entwicklung hierbei besonders abhängig. Sollte die Bedeutung der Zufuhr von Öl sich vermindern, etwa durch Verbilligung der künstlichen Herstellung von Treibstoffen oder durch verbilligte industrielle Verwendung der Atomkraft, so wird kein anderer Verkehrsweg der Welt so stark davon beeinflusst werden wie gerade der Suezkanal. Wer in weiten Perspektiven denkt, wird deshalb in der Beurteilung der Zukunft besonders vorsichtig sein. Der Suezkanal hat uns schon an den Rand eines dritten Weltkrieges geführt. Daß ein solcher Weltkrieg den Suezkanal selbst zerstört hätte, darf als sicher angenommen werden. Die Gestaltung der friedlichen Verwendung dieser Weltverkehrsstraße ist vornehmste Aufgabe der Weltpolitik.

Polens Wirtschaftslage und Wirtschaftsbeziehungen

Prof. Dr. Hermann Gross, Kiel

Durch die einschneidende Veränderung der geographischen und wirtschaftlichen Struktur Polens nach dem zweiten Weltkrieg haben sich rein ökonomisch gesehen die landwirtschaftlichen wie vor allem die industriellen Grundlagen für eine intensive wirtschaftliche Entwicklung des Landes und für eine stärkere Einschaltung in den Welthandel wesentlich verbessert. Jedoch ist Polen nicht in der Lage gewesen, die Möglichkeiten der besetzten hochentwickelten landwirtschaftlichen Gebiete Ostdeutschlands auszuwerten, die durch Austreibung und Flucht der deutschen Bevölkerung zum großen Teil menschenleer geworden waren. Hierbei spielte nicht nur der Mangel an fähigen Siedlern, sondern — wie in allen kommunistisch gewordenen Oststaaten — auch die allgemeine Vernachlässigung der Landwirtschaft und die Beeinträchtigung ihrer Produktivkraft durch die kommunistische Agrarpolitik eine entscheidende Rolle.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Der Erhaltung und dem Ausbau der Industrie wurde von Anfang an besondere Aufmerksamkeit gewidmet, und der Großteil der Investitionen wurde für industrielle Projekte aufgewendet. Immerhin spielten in der polnischen Wirtschaftspolitik der ersten Nachkriegsjahre ökonomische Gesichtspunkte noch eine gewisse Rolle. So ist es z. B. für die damalige polnische Wirtschaftspolitik charakteristisch, daß Gomułka noch 1947 eine zwangsweise Kollektivierung der Landwirtschaft und einen einseitig forcierten Ausbau einer großen polnischen Schwerindustrie ohne entsprechende Rohstoffbasis ablehnte.

Diese Einstellung paßte nicht in die Konzeption Stalins von der Schaffung eines eigenen möglichst autarken „demokratischen Weltmarktes“ mit Ausrichtung der gesamten Wirtschaft der Ostblockländer auf die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion.

Darum mußte Gomulka gehen und einer rein moskauhörigen Regierung Platz machen. Gleichzeitig wurde Polen wie den übrigen osteuropäischen Staaten eine Teilnahme am Marshallplan verboten. Als Gegenstück erfolgte im Januar 1949 die Gründung des „Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, im Westen COMECON genannt. Er war und ist das wichtigste Instrument zur wirtschaftlichen Verschmelzung der Ostblockländer zu einer politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft unter Führung der Sowjetunion.

Im Zuge dieser Integrationsbestrebungen erfolgte auch in Polen eine unorganische Forcierung des Ausbaus der kapitalintensiven, viele Fachkräfte und umfangreiche Roh- und Kraftstoffimporte erfordernden Schwer- und Grundstoffindustrie. Diese führte zwar zu einer bemerkenswerten Steigerung der industriellen Produktion gegenüber der Vorkriegszeit. Sie ging aber zu Lasten der Landwirtschaft, der Leicht- und Konsumgüterindustrie und hatte eine entsprechend niedrige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln wie auch mit industriellen Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs zur Folge. So ging die Sozialisierung in der Landwirtschaft wie die einseitige und forcierte Industrialisierung letztlich auf Kosten der gesamten Volkswirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung.

Wie schlecht sich die bisherige Sozialisierung der polnischen Landwirtschaft (1955 gehörten 21,2 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche dem sozialisierten Sektor an) auf deren Produktion ausgewirkt hat, illustriert Gomulka mit einem Vergleich zwischen dem privaten und dem „sozialisierten“ Sektor der Landwirtschaft. Während die privaten Bauern (94 % der Bauernbetriebe sind noch privat, 6 % sind kollektiviert) 78,8 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften, erbringen sie 83,9 % der gesamten Agrarproduktion des Landes und erzielen einen Bruttoertrag von 621,1 Zloty je ha Anbaufläche. Die Genossenschaften bewirtschaften dagegen 8,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche, sind jedoch nur mit 7,7 % an der Gesamtproduktion beteiligt und erzielen einen Bruttoertrag von 517,3 Zloty je ha Anbaufläche, also rd. 20 % weniger als die Privatbauern. Noch niedriger ist die Produktionsleistung in den Staatsbetrieben, die 12,6 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften, aber nur 8,4 % der Gesamtproduktion erbringen und mit einem Hektarertrag von 393,7 Zloty etwa 40 % weniger als die private Wirtschaft produzieren. Das gänzliche Versagen der sozialisierten Landwirtschaft wird jedoch erst richtig deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die Genossenschaften und noch mehr die Staatsbetriebe eine umfangreiche finanzielle und technische Hilfe und alle erdenklichen Vergünstigungen seitens des Staates erhalten und mit großen eingeplanten Verlusten arbeiten, wogegen der private Bauer unter der drückenden Last von Ablieferungsverpflichtungen, Steuern und ohne jegliche Hilfe des Staates sein Land bewirtschaften muß.

Die unbefriedigende Lage der Landwirtschaft wirkt sich auf die ganze Wirtschaft Polens noch dadurch besonders schwer aus, daß infolge einer schnell fortschreitenden Verstädterung nach dem Kriege die polnische

Landwirtschaft nicht mehr in der Lage ist, die Selbstversorgung des Landes mit den Grundnahrungsmitteln zu gewährleisten, geschweige denn größere Mengen zu exportieren. Polen mußte im Gegenteil in den sechs Jahren 1950—1955 allein 3,57 Mill. t Getreide importieren; und für 1957 ist mit der Sowjetunion ein Getreideimport von 1,4 Mill. t vereinbart worden. Der Getreideimport belastet die polnische Handels- und Zahlungsbilanz außerordentlich; die für Getreide aufgewandten Devisen von über 300 Mill. Rubel im Jahre 1955 (8,1 % der Gesamteinfuhr) entsprechen der Höhe des gesamten Imports von Maschinen und Ausrüstungen.

Die polnische Agrarpolitik bedarf nach Gomulka wesentlicher Korrekturen. Zwar soll ihr Fernziel die Sozialisierung bleiben, sie soll jedoch nicht auf Kosten der Minderung der Agrarproduktion erfolgen, wie das bisher der Fall war, vielmehr sollen nur gesunde Genossenschaften unter Abschaffung jeglicher Subventionen unterstützt werden, diejenigen aber, die mit Verlusten arbeiten, sollen von ihren Mitgliedern frei aufgelöst werden. Entsprechende Maßnahmen sind inzwischen eingeleitet worden.

Die im Rahmen des Sechsjahresplanes (1950—1955) vorangetriebene Industrialisierung hatte die Umwandlung Polens in einen Industriestaat erster Ordnung zum Ziel. Tatsächlich gelang es, die Industrieerzeugung je Kopf gegenüber 1938 auf das 5,5fache zu steigern. Jedoch handelte es sich hierbei in erster Linie nur um eine Steigerung des Produktionsvolumens zur „Erfüllung des Planes“, während eine entsprechende Erhöhung der Produktivität keineswegs erfolgte, sondern bei der zentralistischen Organisation die Produktionskosten eine enorme Höhe erreichten. Unter Hinweis auf die verderblichen Auswirkungen dieses Systems fordert Gomulka eine allmähliche Dezentralisierung von Planung und Produktion und eine Demokratisierung in der Leitung und Kontrolle des Betriebes etwa nach jugoslawischem Beispiel. Konsequente Versuche zur Wiederbelebung der Privatinitiative im Handwerk und Kleinhandel haben inzwischen eingesetzt, zugleich aber auch neue Schwierigkeiten, besonders auf dem Preissektor, ausgelöst.

Wohin das bisherige Wirtschaftssystem geführt hat, zeigt Gomulka am Beispiel der Entwicklung im Kohlenbergbau, des wichtigsten Wirtschafts- und Produktionszweiges Polens. Die Kohlenförderung ist zwar von 74 Mill. t im Jahre 1949 auf 94,5 Mill. t 1955 gestiegen, aber nicht etwa durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit oder durch Ausweitung der Produktionskapazitäten, sondern durch Raubbau an Gruben, Einrichtungen und an Arbeitskraft. Denn nicht weniger als 14,6 Mill. t dieser Mehrförderung im Jahre 1955 sind auf die im selben Jahre geleisteten 92,4 Mill. Überstunden (15,5 % aller Arbeitsstunden) zurückzuführen. Die Kohlenförderung je Bergmann und je Arbeitsstunde fiel nämlich von 1949 bis 1955 um 12,4 %. Im Vergleich zur Förderung je Arbeitstag aller im Bergbau beschäftigten Personen im Jahre 1938 betrug die Förderung 1955 sogar nur 64 %, was dazu Anlaß gab, Soldaten und Strafgefangene zur Arbeit in den Kohlengruben heranzuziehen und Sonntagschichten einzuführen. Der

immer bedrohlicheren Knappheit an Arbeitern im Kohlenbergbau versucht man dadurch zu begegnen, daß eine 20 Monate lange ununterbrochene Arbeit im Bergbau als vollwertiger Militärdienst angerechnet wird.

Ähnlich den Verhältnissen im Kohlenbergbau ist es bei den meisten anderen Industriezweigen bestellt, was letztlich die Ursache für den sehr niedrigen Lebensstandard des größten Teils der polnischen Bevölkerung ist. Folge der unzureichenden Verdienstmöglichkeiten und der katastrophalen Wohnverhältnisse sind neben dem Sinken der Arbeitsproduktivität eine mangelhafte Qualität der industriellen Erzeugnisse, was wiederum eine Minderung des Eigenverbrauchs der Bevölkerung und eine Beeinträchtigung der Exportfähigkeit des Landes zur Folge hat.

AUSSENHANDELSSTRUKTUR

Der Außenhandel Polens ist schon seit 1947 in den Dienst einer beschleunigten Industrialisierung des Landes gestellt worden, indem eine planmäßige Einschränkung der Einfuhr auch dringend benötigter Konsumgüter zugunsten einer verstärkten Einfuhr von Investitionsgütern erfolgte. Rund die Hälfte der polnischen Einfuhr besteht aus Rohstoffen und Materialien für die Produktion, die zum größten Teil aus der Sowjetunion kommen. Den zweitgrößten Posten stellen Maschinen und Ausrüstungen, an deren Lieferung die Sowjetunion, die deutsche Sowjetzone und die Tschechoslowakei in erster Linie, daneben aber auch die westlichen Industrieexportstaaten beteiligt sind. Hauptlieferanten von Chemikalien sind die deutsche Sowjetzone und die Bundesrepublik. Einen bedeutenden Einfuhrposten bilden die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Nahrungsmittel, deren Import sich gegenüber der Vorkriegszeit stark erhöhte. Die schon erwähnten Getreideimporte kamen zu rd. einem Drittel aus der Sowjetunion, im übrigen hauptsächlich aus Frankreich, Schweden, Übersee und 1956 auch aus der Bundesrepublik Deutschland.

Der Außenhandel Polens nach Warengruppen 1955

Warengruppen	Einfuhr		Ausfuhr	
	in Mill. Rubel	in %	in Mill. Rubel	in %
Maschinen und Ausrüstungen	1 065,9	28,6	136,1	3,7
Transportmittel	85,7 ¹⁾	2,3 ¹⁾	345,8	9,4
Rohstoffe und Materialien für die Produktion	1 926,9	51,7	2 369,0	64,4
davon:				
Brennstoffe	175,2	4,7	1 714,2 ²⁾	46,6 ²⁾
Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel	488,2	13,1	562,8	15,3
Verbrauchsgüter industrieller Herkunft	160,3	4,3	264,9	7,2
Insgesamt	3 727,0	100,0	3 678,6	100,0

¹⁾ Ohne Seetransportmittel. ²⁾ Kohle und Koks.

Quelle: „Wirtschaftsdienst“, hrsg. vom Polnischen Informationsbüro, Berlin, Jg. VIII (1956), Nr. 7, S. 10 f.

In der polnischen Ausfuhr spielen Kohle und Koks mit fast der Hälfte des gesamten Exports die entscheidende Rolle. In der Gesamtausfuhr aller Ostblockländer nach Westeuropa stellt die polnische Kohlenausfuhr wertmäßig den größten Einzelposten nach Holz. Polen hat als viertgrößter Kohlenproduzent der Welt — nach den USA, der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland — aus dem Kohlenhunger der ersten Nachkriegs-

jahre und der Kohlenknappheit in Westeuropa, insbesondere während der Koreakrise, großen Nutzen gezogen und steht heute an der Spitze der europäischen Kohlenausfuhrländer. Hauptabnehmer polnischer Kohle sind mit je rund einem Drittel die Sowjetunion und die übrigen Ostblockländer, darunter insbesondere die

Regionale Gliederung des polnischen Außenhandels (in Mill. Rubel)

Länder	Einfuhr			Ausfuhr		
	1954	1955	1956	1954	1955	1956
Sowjetunion	1 348	1 254	986	1 317	1 122	1 077
Sowj. Besatzungszone						
Deutschlands	546	487	540	452	471	402
Tschechoslowakei	322	319	366	309	301	293
Ungarn	116	122	91	97	99	95
Rumänien	51	48	56	38	50	70
Bulgarien	62	28	42	24	36	25
China	119	141	141	149	139	201
And. Ostblockländer	11	6	13	28	42	74
Ostblockländer insg.	2 575	2 405	2 235	2 414	2 260	2 237
Großbritannien	270	280	260	215	312	317
Finnland	58	62	71	107	131	134
Osterreich	83	76	107	88	117	97
Frankreich	68	138	129	79	51	123
Bundesrep. Deutschland	74	94	226	60	118	212
Schweden	58	60	60	70	83	106
Türkei	58	50	46	34	61	25
USA	6	10	10	73	92	95
Argentinien	87	114	19	66	89	10
Brasilien	23	50	31	17	32	52
Ägypten	23	36	20	10	15	19
Andere Länder der freien Welt	233	332	379	242	261	403
Länder der freien Welt insg.	1 041	1 302	1 358	1 061	1 362	1 593
Welt insg.	3 616	3 707	3 593	3 475	3 622	3 830

Quelle: „Rocznik statystyczny 1955“, Warszawa, Rok XV (1956), S. 177. — „Handel zgroiczny“, Warschau 1957, Nr. 3, S. 21 und Nr. 4, S. 18.

Tschechoslowakei und die deutsche Sowjetzone. Aber auch in der polnischen Ausfuhr nach Westeuropa spielt die Kohle mit rd. 50 % des polnischen Westexports und über einem Drittel des polnischen Kohle- und Koksexports eine sehr wichtige und in den letzten Jahren steigende Rolle. Da die in Westeuropa erzielten Preise von über 20 \$ je t (im letzten Handelsvertrag Polens mit Frankreich von 1956 sogar 24,50 \$ je t) viel höher liegen als die in den langfristigen Handelsabkommen mit den einzelnen Ostblockländern vereinbarten Exportpreise von 14—15 \$ je t, forciert Polen seine Kohlenausfuhr nach dem Westen trotz Versorgungsschwierigkeiten im Inland. Über die Preise der nach der Sowjetunion in großen Mengen exportierten Kohle, die unwahrscheinlich niedrig gewesen sein müssen, liegen keine Angaben vor. Während sich im Jahre 1956 die Kohlenausfuhr nach dem Westen bei rückläufiger Produktion weiter erhöht hat, wurde eine Kürzung der Kohlenexporte nach der Sowjetunion unter gleichzeitiger Erhöhung des Preises vorgenommen. Hauptabnehmer polnischer Kohle im Westen sind die skandinavischen Staaten und Osterreich sowie seit 1955 auch Großbritannien und die Bundesrepublik.

Die vor dem Kriege sehr bedeutende Ausfuhr von Holz und Holzserzeugnissen schrumpfte nach dem Kriege stark zusammen, macht aber dennoch hinter Kohle und Fleisch den drittgrößten Ausfuhrposten nach Westeuropa, insbesondere nach Großbritannien und der Bundesrepublik, aus. Trotzdem muß Polen wegen des steigenden Holzbedarfs infolge der Industrialisierung und Verstärkerung Rund- und Schmittholz aus Skan-

dinavien und der Sowjetunion einführen. Eine entsprechende Entwicklung ist auch im Außenhandel mit Nahrungsmitteln festzustellen, deren Ausfuhr (15,3 %) gegenüber früher eine geringere Rolle spielt, vor allem aus Fleisch und Eiern besteht und hauptsächlich nach Westeuropa, besonders Großbritannien, geht. Dagegen ist Polen ein beachtlicher Exporteur von Schiffen und Eisenbahnausrüstungen geworden, die fast ausschließlich die Sowjetunion abnimmt. Auch von der gegenüber der Vorkriegszeit stark gestiegenen Ausfuhr an Maschinen und Ausrüstungen sind die Sowjetunion und der übrige Ostblock sowie überseeische Länder die Hauptabnehmer. Dasselbe gilt von industriellen Verbrauchsgütern wie Baumwollgeweben.

AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG

Schon aus dieser kurzen Skizze der Haupteinfuhr- und -ausfuhrgüter Polens und deren wichtigsten Lieferanten und Abnehmern geht die außerordentlich enge Verflechtung der polnischen Volkswirtschaft mit den Ost-

Anteil der Sowjetunion
am polnischen Außenhandel 1955

Einfuhr bzw. Ausfuhr	Einheit	Außenhandel insgesamt	Anteil der Sowjetunion	
			absolut	in %
Einfuhr insgesamt	Mill. Rubel	3 727,0	1 256,0	33,70
davon:				
Erdöl	1000 t	545,0	408,0	74,28
Baumwolle	1000 t	95,2	70,3	73,84
Eisenerz	Mill. t	4,4	3,0	68,07
Zinkkonzentrate	1000 t	80,1	35,8	44,69
Maschinen und Ausrüstungen	Mill. Rubel	1 152,0	486,0	42,19
Bereifung	Mill. Rubel	47,0	19,0	40,43
Getreide ¹⁾	1000 t	1 154,0	400,0	34,66
Erdölprodukte	1000 t	885,7	239,4	27,50
Ausfuhr insgesamt	Mill. Rubel	3 678,6	1 122,0	30,50
davon:				
Eisenbahnausrüstungen	Mill. Rubel	182,0	174,0	95,60
Schiffe	Mill. Rubel	148,8	125,0	84,46
Baumwollgewebe	Mill. m	5,8	4,2	72,59
Kaustische und kalzinierte Soda	1000 t	51,8	36,8	71,04
Maschinen und Ausrüstungen	Mill. Rubel	480,0	304,0	63,33
Zink und Zinkblech	1000 t	92,0	55,0	59,78
Zucker	1000 t	372,3	215,0	57,75
Kohle	Mill. t	24,3	8,2	33,74
Koks	Mill. t	2,2	0,43	19,73
Walzgut	1000 t	247,0	52,0	21,05
Zement	1000 t	674,0	69,0	10,24

¹⁾ Ohne Mais, Getreideeinfuhr insgesamt (1000 t): 1950: 257,7; 1951: 283,1; 1952: 600,9; 1953: 201,7; 1954: 1 210,7; 1955: 1 160,7.

Quelle: „Wirtschaftsdienst“, hrsg. vom Polnischen Informationsbüro, Berlin, Jg. VIII (1956), Nr. 7, S. 10 ff.

blockländern, insbesondere mit der Sowjetunion, hervor. Die in der vielfältigen Handelsverflechtung sichtbare weitgehende wirtschaftliche Integration Polens mit den Ostblockländern, die durch umfangreiche Kredite insbesondere von seiten der Sowjetunion gefördert wird, kommt in einem sehr hohen Anteil der Ostblockländer am polnischen Außenhandel zum Ausdruck: er betrug 1954 70 %, wobei auf die Sowjetunion allein 37 % des polnischen Handels entfielen. Demgegenüber ist der Anteil der westlichen Welt von 92 % in der Vorkriegszeit entsprechend auf 30 % gefallen. Damit hat sich in Polens Außenhandel die gleiche Umschichtung vom Westen zum Osten vollzogen, wie sie für alle ostmitteleuropäischen Länder des „demokratischen Weltmarktes“ bezeichnend ist, rund zwei Drittel bis drei Viertel ihres Außenhandels wickeln die Ostblockländer untereinander ab, und nicht

weniger als zwei Fünftel ihres gesamten Außenhandels entfallen auf die Sowjetunion, die vor dem Kriege in ihren Wirtschaftsbeziehungen keine nennenswerte Rolle gespielt hat.

Jedoch stellte sich bei dieser mehr unter politischen als ökonomischen Gesichtspunkten forcierten Integration schon nach einigen Jahren heraus, daß die Sowjetunion nicht in der Lage war, alle die den Aufbau eines autonomen „demokratischen Weltmarktes“ notwendigen materiellen und finanziellen Mittel den beteiligten Volksdemokratien zur Verfügung zu stellen. So setzte sich unter dem Druck der Verhältnisse — insbesondere der wachsenden Lieferungsverpflichtungen der Sowjetunion an Rotchina und die Entwicklungsländer — in der Sowjetunion eine realistischere Betrachtung der Grundtatsachen und Prinzipien der nationalen und internationalen Arbeitsteilung und Zusammenarbeit durch. Damit beginnt eine Phase der Auflockerung der wirtschaftlichen Beziehungen der Ostblockländer untereinander unter gleichzeitiger Intensivierung ihres Güterausstausches mit der westlichen Welt.

Polen, das von allen Ostblockländern schon immer am stärksten mit dem Westen verbunden war, hat zur Steigerung des Ost-West-Handels seit 1954 entscheidend beigetragen. Der Anteil der westlichen Welt am polnischen Außenhandel hat sich von rd. 30 % im Jahre 1954 auf 37 % bei der Einfuhr und auf 41 % bei der Ausfuhr im Jahre 1956 erhöht. Entsprechend ist der Anteil des Ostblocks am polnischen Außenhandel von 70 % auf 63 % bzw. 59 % gefallen. Den relativ stärksten Rückgang hat Polen im Außenhandel mit der Sowjetunion erfahren. Diese Entwicklung ist von Polen durchaus gewollt. Denn einerseits ist Polen als das an Staatsfläche (rd. 312 000 qkm) und Bevölkerung (1956: 27,5 Mill. Einwohner) größte ostmitteleuropäische Land auf Grund seiner uneinheitlichen Wirtschaftsstruktur in der Nachkriegszeit am stärksten auf einen intensiven Wirtschaftsverkehr mit der ganzen Welt ange-

Polens Einfuhr an ausgewählten Waren
aus Westeuropa 1954 und 1955
(in Mill. \$)

Waren	1954	1955
Weizen	10,4	15,2
Sonstiges Getreide	—	3,8
Rohtabak	3,6	11,8
Olisaaten	0,5	0,9
Holz und Holzwaren	8,8	9,5
Papier und Papierwaren	1,7	2,0
Wolle und Haare	8,1	7,9
Baumwolle	5,3	2,0
Sonstige Pflanzenfasern	2,9	2,9
Synthetische Fasern	4,5	3,4
Eisenerz	8,8	9,5
Mineralien ¹⁾	1,5	1,3
Tierische u. pflanzl. Ole u. Fette	2,3	3,0
Chemikalien, Farben, Sprengstoffe	12,4	11,9
Arzneiwaren	0,9	1,5
Düngemittel	1,2	1,2
Garn	1,2	1,3
Textilien	2,3	3,4
Eisen und Stahl	19,4	27,8
Nicht-Eisenmetalle	4,7	11,1
Metallwaren	2,3	3,4
Maschinen	33,5	31,4
Transportmittel	4,6	3,9
Zusammen	140,9	170,0
Sonstige Waren	23,9	31,5
Insgesamt	164,8	201,5

¹⁾ Ausgenommen Kohle, Erdöl, Düngemittel.

Quelle: „Economic Bulletin for Europe“, Geneva, August 1956.

wiesen, andererseits ist es an einem übermäßig hohen Warenaustausch mit der Sowjetunion nicht besonders interessiert, da die vereinbarten Verrechnungspreise für die Ausfuhrwaren nach der Sowjetunion, insbesondere für Kohle und Koks, weit unter Weltmarktpreisen liegen und die russischen Lieferungen meist über Weltmarktpreisen in Rechnung gestellt werden. Entsprechende Preisrelationen sind über die Lieferungsabkommen der Sowjetunion mit Jugoslawien (bis 1948) und mit Ungarn (bis 1956) bekannt geworden. Unter diesen Umständen und gemessen an den sehr hohen polnischen Produktionskosten bedeutet der Außenhandel mit der Sowjetunion für Polen ein erhebliches Verlustgeschäft, das sich bei dem hohen Anteil der Sowjetunion am polnischen Außenhandel auf die Zahlungsbilanz ungünstig auswirken mußte. Aus diesem Grunde ist Polen — wie auch die übrigen Ostblockländer — bemüht, seinen Außenhandel stärker auf die westlichen Länder umzustellen.

DEUTSCH-POLNISCHER HANDEL

Unter den Handelspartnern Polens stand vor dem Kriege Deutschland an erster Stelle, dicht gefolgt von Großbritannien. In der Nachkriegszeit sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen durch die politische Atmosphäre aufs schwerste beeinträchtigt gewesen. Selbst noch im Jahre 1954 rangierte die Bundesrepublik in Polens Außenhandel nach Großbritannien, Österreich, Finnland, Argentinien und Frankreich an sechster Stelle. In den letzten Jahren hat jedoch auf Grund gelockerter Embargobestimmungen und durch den Abschluß und die Erweiterung von Handelsabkommen eine Entwicklung in Richtung auf die Normalisierung der handelspolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern stattgefunden. Während das Abkommen vom 17. Februar 1955 noch einen Warenaustausch von 113,4 Mill. \$ in beiden Richtungen vorsah, ist dieser Betrag im Abkommen vom 16. November 1956 auf 140 Mill. \$ erhöht worden. Am 19. Dezember 1955 wurde ein Abkommen über den Austausch von 240 000 t deutschen Roggens gegen polnische Warenlieferungen unterzeichnet.

Diese handelspolitischen Abkommen und z. T. auch die Lockerung der Embargobestimmungen haben zu einer so starken Steigerung des deutschen Außenhandels mit Polen geführt, daß die Bundesrepublik 1956 ihren Anteil am polnischen Außenhandel von 3 auf

6% verdoppeln und nach Großbritannien den zweiten Platz im polnischen Außenhandel mit dem Westen erringen konnte. Gleichzeitig hat sich die deutsche Einfuhr aus Polen gegenüber 1955 verdoppelt und die Ausfuhr verzweieinhalbfacht. Die Steigerung der Einfuhr war besonders groß bei Halbwaren, darunter Eisenhalbzeug und Aluminium, sowie bei Steinkohle und lebenden Tieren, der Anstieg der Ausfuhr ist vor allem auf vermehrte deutsche Lieferungen von Roggen und Fertigwaren, in erster Linie Kupfer und Kupferwaren, zurückzuführen. Darüber hinaus ist Polen 1956 unter den osteuropäischen Ländern einschließlich der Sowjetunion zum wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik geworden.

Ungleich umfangreicher sind die Wirtschaftsbeziehungen Polens mit der deutschen Sowjetzone in den Jahren 1955 und 1956, die mit einem Anteil von 13% bzw. 10% am polnischen Außenhandel der bei weitem wichtigste Handelspartner Polens nach der Sowjetunion ist.

Rechnet man den Anteil der Bundesrepublik und der Sowjetzone zusammen, so bekommt man eine ungefähre Vorstellung über die Bedeutung, die Deutschland als Handelspartner Polens nach der Wiedervereinigung haben wird. Dieser Anteil beträgt heute mit etwa 17% nahezu ebensoviel wie der des Deutschen Reiches 1934/38. Damit nehmen die beiden Teile Deutschlands am polnischen Außenhandel nach der Sowjetunion den bei weitem wichtigsten Platz ein. Hierbei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß ein großer Teil des gegenwärtigen Güterauswechsels zwischen der deutschen Sowjetzone und Polen vor dem Krieg innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches mit dem Oder-Neiße-Gebiet abgewickelt wurde. Handelt es sich doch bei der polnischen Ausfuhr nach der Sowjetzone, wie z. T. auch nach der Bundesrepublik, in der Hauptsache um Steinkohle, Koks, metallurgische und Walzwerksprodukte sowie Erzeugnisse der Steinkohlchemie, Produkte also, für deren Bezug als Vormaterialien die gesamte Schwerindustrie der Sowjetzone auf Polen angewiesen ist. Dazu kommen noch polnische Lebensmittellieferungen. Dagegen liefert die Sowjetzone vor allem Maschinen und Fabrikarüstungen sowie Erzeugnisse der Braunkohlchemie für den Ausbau der polnischen Industrie und Düngemittel für die Landwirtschaft.

Brisk



hält Ihr Haar in Form!

Die enge Verflechtung der polnischen Wirtschaft mit beiden Teilen Deutschlands — wobei die Bundesrepublik gegenüber der Sowjetzone 1956 stark aufgeholt hat — bietet angesichts der günstigen natürlichen Ergänzungsmöglichkeiten und der standortmäßigen Verflechtung der beiden Wirtschaftsräume für die künftige Gestaltung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen nach der Wiedervereinigung aussichtsreiche Perspektiven. Die Wirtschaftsbeziehungen werden sich allerdings zum beiderseitigen Vorteil nur dann ausbauen lassen, wenn Polen eine Reorganisation seines Wirtschaftssystems und seiner Produktionspolitik unter strengster Beachtung des Rentabilitätsprinzips in allen Produktionszweigen durchführt. Eine Wendung zum Besseren kann nur erwartet werden, wenn Industrie und Landwirtschaft mehr, aber vor allem besser und billiger produzieren.

Das Problem der Beseitigung der gegenwärtigen Disproportionalitäten durch Förderung und Erhöhung der Produktivität der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie sowie Rationalisierung des gesamten Produktionsapparates steht im Mittelpunkt der Diskussionen im Zuge der Vorbereitung des Fünfjahresplanes für 1956—1960.

Die Entwicklung der polnischen Außenwirtschaft ist durch eine passive Handels- und Zahlungsbilanz gekennzeichnet, die Gomulka als „Situation eines insolventen Bankrotteurs“ charakterisiert.¹⁾ Polen sah sich außerstande, die ihm für Investitionszwecke gewährten Kredite zurückzuzahlen, obwohl die Rückzahlungsfrist gekommen war. Das ist die Folge einer Politik, die es nicht vermocht hat, durch ihre Investitionskredite die Produktion so auszuweiten, daß die Rückzahlung aus der Mehrproduktion bestritten werden kann.

AUSLANDSHILFE

Eine zeitgerechte rationelle Nutzbarmachung der in Polens Landwirtschaft, Bergbau und Industrie noch vorhandenen Produktionsreserven erscheint ohne umfangreiche und großzügige ausländische Hilfe nicht möglich. Die von der Sowjetunion an Polen im Abkommen vom November 1956 gewährte materielle und finanzielle Unterstützung — 1,4 Mill. t Getreide auf Kredit und ein weiterer Kredit von 700 Mill. Rubel — bei

¹⁾ Vgl. Trybuna Ludu, Warschau, 21. Oktober 1956.

gleichzeitiger Streichung der bis zum 1. November 1956 aufgelaufenen, offenbar recht bedeutenden polnischen Kreditschulden, haben sich als völlig unzureichend erwiesen. Im Mai 1957 hat darum Gomulka beim Kreml erneut um eine Wirtschaftshilfe nachgesucht, nachdem die seit März mit den USA laufenden Verhandlungen über einen größeren Kredit noch zu keinem positiven Abschluß gekommen sind. Nach Ansicht polnischer Wirtschaftssachverständiger braucht Polen, um eine größere Wirtschaftskrise abzuwenden, mindestens 300 Mill. \$ in Devisen und Kredit, das ist dreimal soviel wie die USA Polen angeboten haben. Polen ist im Hinblick auf die dringend notwendige Modernisierung seines Kohlenbergbaus vor allem an dem Bezug von Bergbaueinrichtungen interessiert. Nachdem vor wenigen Wochen ein Abkommen über Lieferung von Bergbauausrüstungen für Braunkohlengruben mit der Sowjetzone abgeschlossen worden war, ist nunmehr eine ähnliche Vereinbarung mit der Tschechoslowakei für den Steinkohlenbergbau zustande gekommen. In beiden Fällen werden die an Polen langfristig gewährten Investitionskredite mit Kohle zurückgezahlt. Verhandlungen über entsprechende Kredite sind inzwischen auch mit einer französischen und einer belgischen Gruppe aufgenommen worden. Da die von den Belgiern in Aussicht gestellten Kredite unzureichend sind, laufen Bemühungen, auch westdeutsches Kapital für dieses Projekt von 30 bis 40 Mill. \$ zu interessieren. In Warschau scheint man offenbar bereit, bei der Absprache der Preise und bei den Rückzahlungsmodalitäten westdeutschen Wünschen so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

Heute ist sowohl der Westen als auch der Osten daran interessiert, das Gomulka-Regime zu erhalten, weil sein Zusammenbruch zu einer unermeßlichen Katastrophe im Herzen Europas führen müßte. Nur wenn in Polen einigermaßen befriedigende Wirtschaftsverhältnisse herrschen und der freizügigere Kurs fortgesetzt werden kann, besteht die Aussicht, daß auch die ungelösten Fragen zwischen Deutschland und Polen eine für beide Seiten annehmbare Regelung finden werden. Dabei erscheint es durchaus denkbar, daß ein deutsches Entgegenkommen wirtschaftlicher Natur dazu beitragen könnte, eine günstigere Atmosphäre auch für spätere politische Verhandlungen zu schaffen.

Die Rolle des Staates in der finnischen Wirtschaft

Dr. Axel von Gadolin, Helsinki

Unter den nicht-kommunistischen Ländern Europas dürfte der finnische Staat bei weitem der größte Grundbesitzer sein. Reichlich 10 Mill. ha Land, davon 7,2 Mill. ha Wald, befinden sich in Staatseigentum: das ist nicht weniger als ein Drittel des finnischen Bodens. Dieser Zustand ist aber keineswegs die Folge einer modernen Sozialisierungspolitik, sondern das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung. Die Zivilisation drang während der vergangenen Jahrhunderte nur allmählich von Süden her in den fast men-

schenleeren Norden Finnlands vor, wo Finnen und Lappen ohne die geringste Vorstellung von einer Grundbesitzordnung Jagd und Fischerei betrieben. Die „Kultivierung“ des Landes wurde seit den Tagen von Gustav Wasa hauptsächlich vom Staat getragen, und es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die gewonnenen Landstriche zum Staatseigentum erklärt wurden. Im Zuge einer systematischen Ansiedlungspolitik gingen erst nach und nach Teile des Landes in Privatbesitz über.